

Vorstellung der Resolution Stadtentwicklung

Ried - Guy Foetz - Wahlkongress 18.06.2017

Die Frage der Stadtentwicklung ist ein Thema mit vielen Facetten.

Es geht nicht nur um Urbanismus oder Verkehrsprobleme. Betroffen sind z.B auch

- der soziale Zusammenhalt respektiv die soziale Mixität
- die funktionale Organisation in den Stadtvierteln (Arbeit und Schule, Handel, Freizeit)
- die Wasserwirtschaft und die Energiewirtschaft
- die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, besonders auch in die Budgetdiskussion
- die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden.

Stadtentwicklung ohne langfristige Planung ist unmöglich.

Allerdings ist die Planung unbeliebt geworden.

Die Bürgermeisterin der Stadt Luxemburg betont bei jeder Gelegenheit (z.B. wenn es um die Präsenz von Geschäften für den alltäglichen Bedarf geht, wie Bäcker, Metzger usw.), wir würden nicht in einer Planwirtschaft leben und es sei die Aufgabe des Marktes und nicht der Gemeinde , derartige Probleme zu lösen.

Auf diese Weise werden die Probleme aber nicht gelöst, sondern vergrößert.

Und zwar dadurch, dass die liberalen politischen Entscheider genau denen in die Hände spielen, welche den Markt dominieren. Man kann schon von einem versteckten Curriculum reden.

Das gleiche gilt für die Baulandpreise, für die Preise der Häuser und für die Mieten.


Die Preise de Baulandes und Mieten sind jeder Regulierung entzogen worden und damit hat sich die Macht der Besitzenden zusehends vergrößert. Einer Studie des Statec von 2011 nach besitzen in unserem Land 10% der Haushalte 80% der Immobilien.

Und das soll in den Augen der Liberalen auch so bleiben.

Awer och d'CSV an déi Gréng huelen dat hin.

So bestimmen weiterhin einige wenige Leute, Promotoren und Immobiliengesellschaften weitgehend über die urbanistische und die soziale Entwicklung.

Wir glauben als déi Lénk, dass man diese Situation nicht weiter hinnehmen soll!



Die Gemeinden haben ein Planungsrecht und es stehen ihnen gesetzliche Instrumente zur Verfügung, um dieses Planungsrecht zu nutzen, ganz besonders über das Gesetz von 2004 über die Gemeinde- und Stadtentwicklung.

Die vorliegende Resolution macht dazu Vorschläge und stellt Bedingungen, die erfüllt werden müssen. Ich will nicht verheimlichen, dass die Vorschläge und Bedingungen die in dieser Resolution formuliert werden, zum großen Teil den Erfahrungen von André Hoffmann zu verdanken sind, der sich als Schöffe in der Stadt Esch viel mit der Problematik der Stadtentwicklung auseinandergesetzt hat.

1. In einer ersten Etappe sollen allgemeine Leitlinien in einem demokratischen Prozess zusammen mit der Bevölkerung ausgearbeitet werden.

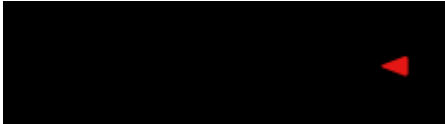
Sie sind die Grundlage einer langfristigen Entwicklungsplanung.

Zu diesen Leitlinien gehören unbedingt:

- der Abbau der Armut und der lokalen sozialen Ungleichheiten
- erschwinglicher Wohnraum
- eine nachhaltige Energiepolitik
- die Erhaltung der Umwelt und der Biodiversität
- der Beitrag der Gemeinde zur Klimapolitik,
- die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger.

Diese Leitlinien setzen die Prioritäten.

2. Eine zweite Etappe besteht in einer Bestandsaufnahme:
Ohne Diagnose gibt es keine Therapie.
Also ist eine Bestandsaufnahme erforderlich, die sowohl positiven Entwicklungen aufzeichnet wie auch die Defizite, Ungleichgewichte und Widersprüche.
3. Es ist notwendig, dass die Planung demokratisch verläuft und sie so legitimiert wird.
Informationsversammlungen reichen da nicht aus.
Die vielfältigen Formen partizipativer Demokratie, wie Fachgruppen, Quartiersversammlungen, Beratung durch Experten, ...) müssen gefördert und genutzt werden!
4. Die Stadtplanung muss alle Bereiche der lokalen Entwicklung miteinander vernetzen: Urbanistik, Sozialplanung, Energiewende, Umwelt- und Naturschutz, Kultur, Dienstleistungen im öffentlichen Interesse ...
In den verschiedenen Bereichen sollen Pläne und Szenarien entwickelt werden (Grünplan, Sozialentwicklung...), und sie müssen auch immer



miteinander vernetzt werden.

So hat z.B. die Grünplanung auch eine soziale Dimension.

Die verschiedenen Dienststellen der Gemeinde müssen zusammenarbeiten und es muss professionell koordiniert werden. Wichtig ist auch eine permanente Kommission für Stadtentwicklung, mit Vertretern der Parteien und von BürgerInnen, die im Sozial- und Umweltbereich aktiv sind. Die Berichte dieser Kommission müssen öffentlich zugänglich sein.

5. Die Langzeitplanung (über 10 Jahre) ist ein anderes wesentliches Element. Einmal festgelegte Pläne gilt es zu überarbeiten und anzupassen im Sinne eines kontinuierlichen Prozesses.
Was besonders schwierig ist, ist zu verhindern dass die Pläne von Forderungen von Lobbys oder Privatinteressen beeinflusst werden.
6. Die Gemeinden müssen ihre Planungshoheit (PAG, PAP, Wohnungsbau, usw.) nutzen und mit Hilfe neuer Planungsinstrumente ausweiten und den Einfluss der kommerziellen Promoteure besonders auf die Wohnungspolitik stark eindämmen.
Wenn neue allgemeine und separate Bebauungspläne aufgestellt werden, muss die Bevölkerung ernsthaft mit eingezogen werden.
Das bedeutet, dass die richtigen Fragen gestellt werden, dass der Einfluss der Großgrundbesitzer eingedämmt wird und die gesetzlichen Möglichkeiten der Taxierung und Enteignung brachliegender Flächen effektiv auch genutzt werden.
7. Die Gemeinden sollten so viel wie möglich Grund- und Immobilienbesitz in eigener Hand behalten bzw. aufkaufen. Öffentliches Eigentum ist in diesem Fall immer noch die beste Voraussetzung für eine Planung im öffentlichen Interesse.
8. Stadtplanung ist nicht neutral.
Es stehen sich unterschiedliche und zum Teil konträre Interessen gegenüber, wie beispielsweise hohe Gewinnerwartungen gegenüber den Bedarf an erschwinglichem Wohnraum.
Es wird also zu Konflikten kommen zwischen öffentlichen und privaten Interessen.
Diese Konflikte gilt es, im öffentlichen Streit und wenn notwendig durch die Mobilisierung der BürgerInnen auszutragen und nicht in faulen Kompromissen aufzulösen.
Es sind also klare Positionen verlangt.

Und genau die fehlen momentan!

Merci!

G.F 18-06-2017